



Statements der referierenden Experten

zum Thema

„Familie und Fertilität – 25 Jahre nach dem Fall der Mauer: Lohnt sich die Ost-West-Differenzierung noch?“

Nach dem Fall der Mauer existierte für den Bereich Familie und Partnerschaft der allgemeine Konsens, dass sich Ostdeutschland dem westdeutschen Vorbild angleichen würde. Nunmehr 25 Jahre später zeigt die Bestandsaufnahme jedoch ein kontroverses Bild: Es sind nicht nur konvergierende sondern auch divergierende Entwicklungen festzustellen. Während sich eine gewisse Angleichung in der durchschnittlichen Kinderzahl und des Alters bei einer Familiengründung aufzeigen, bleiben in der Erwerbstätigkeit von Müttern und insbesondere im Heiratsverhalten markante Ost-West-Unterschiede bestehen.

Sind auch für die Zweit- und Drittgeburtenraten mit einer Angleichung zwischen den neuen und alten Bundesländern zu rechnen? Wie werden sich die Erwerbsarrangements von Frauen mit Kindern in Ost und West entwickeln? Was kann insgesamt für eine Annäherung getan werden? Doch welche Relevanz ist den prävalenten Differenzen überhaupt beizumessen? Ist der deutsche Ost-West-Vergleich weiterhin von Interesse? Welche Konsequenzen haben die ost- und westdeutschen Unterschiede für Politik und Wissenschaft?



*Statement von Professor Dr. Michaela Kreyenfeld,
Max-Planck-Institut für demografische Forschung – MPIDR
Professorin für Soziologie an der Hertie School of Governance in Berlin*

Seit dem Fall der Mauer im Jahr 1989 fand in vielen Lebensbereichen sowie im ökonomischen Bereich eine weitreichende Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland statt. Dies gilt jedoch nicht für das Feld Familie und Partnerschaft. Hier bestehen nach wie vor generationenübergreifend, d.h. auch in den Nachwuchsjahrgängen gravierende Unterschiede in Einstellungen und Verhaltensweisen – von einer raschen Adaption ist nicht auszugehen.

Nach der Wende herrschte die allgemeine Annahme, dass sich der Osten dem Westen angleichen würde. Dies wurde vor allem mit der Übertragung des westlichen familienpolitischen Systems – inklusive dem Steuer- und Transfersystem – auf den Osten begründet.

Dass dies eine falsche Vorstellung gewesen ist, zeichnet sich in den familien- und partnerschaftsbezogenen Veränderungen ab, welche in den neuen und alten Bundesländern zu beobachten sind: In Westdeutschland verliert das Hausfrauenmodell zunehmend an Bedeutung. Die Müttererwerbstätigkeit ist gestiegen, wobei Frauen mit Kindern vorwiegend marginal bzw. in Teilzeit beschäftigt sind. Dagegen sind in Ostdeutschland ein Rückgang der hohen Frauenerwerbstätigkeit und ein Anstieg der Teilzeitanstellungen zu verzeichnen. Dennoch sind ostdeutsche Mütter – insbesondere jene mit kleinen Kindern – noch immer häufiger als westdeutsche Mütter in Vollzeit oder überhaupt erwerbstätig. In Hinblick auf das Geburtenverhalten ist für die jüngeren Kohorten eine Annäherung festzustellen: Ost- und westdeutsche Frauen bekommen in einem vergleichbaren Alter ihr erstes Kind. Bei zweiten und dritten Kindern zeichnen sich hingegen noch deutliche Unterschiede ab. Vor allem die Drittgeburtenrate ist auffällig niedrig im Osten. Große Differenzen existieren auch im Heiratsverhalten: Während in Westdeutschland die Mehrzahl bei der Geburt des ersten Kindes verheiratet ist, ist dies in Ostdeutschland nicht der Fall.

Insgesamt erweist sich im Bereich Familie und Partnerschaft der Einfluss der DDR-Politik als ausgesprochen nachhaltig. Aus diesem Grund überlagern die vorherrschenden Ost-West-Unterschiede die zwischen Nord und Süd. Die Ost-West-Differenzen besitzen weiterhin eine Relevanz für Wissenschaft und Politik. In empirischen Familien- und Partnerschaftsanalysen muss die Ost-West-Dimension weiterhin berücksichtigt werden. Schließlich erklärt sie die kulturellen Prägungen und somit Unterschiede, die durch andere Variablen nicht adäquat gefasst werden können. In der Politik muss insbesondere bei familienpolitischen Maßnahmen und Reformen berücksichtigt werden, dass die Familienstrukturen in Ost- und Westdeutschland unterschiedlich wirken. Die Ost-West-Unterschiede stellen zudem die Ungleichbehandlung verschiedener Familienformen im deutschen Steuer- und Transfersystem in Frage.

*Statement von Professor Dr. Norbert F. Schneider,
Direktor des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung – BiB*

Mitte der 1990er Jahre herrschte ein Disput über die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland im Bereich Familie und Partnerschaft. Theorien der konvergierenden und der divergierenden Modernisierung standen sich gegenüber. Es dominierte die These der nachholenden Modernisierung wonach der Westen gegenüber dem Osten einen Modernisierungsvorsprung besitzt. Mit der Wiedervereinigung würden ostdeutsche Familien die Entwicklungen rasch nachholen und sich an den Westen anpassen – Ost-West-Differenzen würden bald nicht mehr festzustellen sein.

Grundsätzlich gilt, dass der heutige Blick auf Modernisierungsprozesse und ihre Bewertung methodisch und inhaltlich differenzierter als in den 1990er Jahren ist. Dennoch ist es nach wie vor nicht einfach, zwei Populationen im Zeitvergleich in Hinblick auf das Familienleben zu beurteilen. Für einen systematischen Vergleich fehlt es zum einen an konsensfähigen, inhaltlichen Indikatoren – und es stellt sich die Frage nach geeigneten Indikatoren –, zum anderen liegt ein Mangel an statistischen Maßzahlen vor.

Heutige Befunde zeigen: Es existieren konvergente und divergente Entwicklungen in Familie und Partnerschaft. So haben sich Ost- und Westdeutschland in Hinblick auf das Alter bei der Familiengründung sowie bei der Verbreitung von neuen Lebensformen angenähert; Dagegen bestehen weiterhin sehr große Unterschiede beim Anteil nichtehelicher Geburten, die sich sogar weiter vergrößert haben, sowie in der Erwerbstätigkeit von Müttern, auch wenn diese sich verringern. Daraus schlussfolgernd lässt sich keine eindeutige Bilanz bezüglich der Familienentwicklung ziehen. Insgesamt besitzt der Westen gegenwärtig keinen Modernisierungsvorsprung, in mancher Hinsicht sogar einen Modernisierungsrückstand.

Die weiter bestehenden Ost-West-Unterschiede sind vielfach nicht auf die Zweistaatlichkeit, sondern eher auf die kulturellen und strukturellen Differenzen, welche bereits vor der deutschen Teilung existierten, zurückzuführen. Demzufolge ist auch in Zukunft mit relevanten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland zu rechnen. Entsprechende Vergleiche bleiben damit auch 25 Jahre nach dem Fall der Mauer sinnvoll.

Allerdings soll die Analyse von regionalen Unterschieden nicht auf den Ost-West-Vergleich beschränkt bleiben. Andere Vergleiche, etwa Nord-Süd oder Stadt-Land Unterschiede sind ebenfalls bedeutsam.

